



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

spd/111/78

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
2. Juli 1948

## Die Arbeitsmarktlage nach der Währungsreform

Von Alfred Kubel, Minister für Aufbau, Arbeit und Gesundheit

In den Wochen vor der Währungsreform herrschte in der Öffentlichkeit vorwiegend die Meinung, daß diese einschneidende Maßnahme eine Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben müsse. In den Tagen nach dem 20. Juni schlug die Stimmung um. Es werden nun rosige Bilder an unseren Wirtschaftshimmel gemalt. Das Kopfgeld stieß auf ein Angebot längst entbehrter Waren, die zum Teil aus illegal gehorteten Lagern kamen, zum Teil einer von Frankfurt legal betriebenen Warenerückhaltung entstammten. Viele dieser Waren sind der Bewirtschaftung entzogen worden. Ein Gefühl der Erleichterung machte sich allgemein bemerkbar. Der Konsument verfügt wieder über Geld, das diesen Namen verdient. Der Schwarzmarkt wurde wesentlich eingeschränkt.

Wir müssen uns dennoch klar darüber sein, daß die heutigen Ansichten über die Währungsreform als übertrieben **optimistisch** genannt werden müssen. Erstaunlich ist dabei nur, daß dieser übertriebene Optimismus auch von solchen Wirtschaftspolitikern genährt wird, deren Beruf sie zu einem anderen "ismus", nämlich zum Realismus verpflichtet.

Die Währungsreform selbst ist zunächst nichts anderes als das Fortstreichen von Schulden, die "das Reich" vor dem Kriege und während des Krieges selbst gemacht hat. Die Gläubiger waren die Masse des deutschen Volkes, und die Schuldscheine nannten wir Reichsmark. Die Währungsreform ist insofern nichts anderes als die Liquidation einer fiktiven Kriegsanleihe. Unmittelbaren Einfluß kann die Streichung dieser Schuld auf unsere Wirtschaft nicht haben.

Die mittelbaren Einflüsse sind natürlich beachtlich und begrüßenswert. Einmal lohnt es wieder, für Geld zu arbeiten und zum anderen lohnt es, die Lager zu räumen und die Lagerbestände gegen Geld einzutauschen. Aber auch hierbei wollen wir uns keinen Illusionen hingeben. Unsere Wirtschaft wird noch lange nicht vom Bedarf des zahlungsfähigen Konsumenten bestimmt, sondern vom Umfang der vorhandenen Rohstoffe, Energiequellen und Produktionskapazitäten. Solange diese Voraussetzungen nicht hinreichen, um unserer Wirtschaft den Charakter einer Mangelwirtschaft zu nehmen, wird es - wenn auch in beschränktem Umfang - immer noch einen **schwarzen Markt** und auch einen **Tauschmarkt** geben. Den Schwärmern der freien Wirtschaft möge gesagt sein, daß, wenn sie

ihre Pläne vorzeitig in die Wirklichkeit umsetzen, soziale Spannungen von unerhörtem Maße folgen und sie damit der Wirtschaft einen schlechten Dienst erweisen würden.

Zu dem Mangel an Rohstoffen, an Energie- und teilweise an Produktionskapazität - tritt nun der Mangel an Geld. Die eigentliche Währungsreform war - gemessen an den nun vor uns liegenden Aufgaben - verhältnismäßig einfach durchzuführen. Jetzt gilt es, den Mangel an Zahlungsmitteln, der ebenso hemmen kann, wie ein Mangel an Rohstoffen, durch eine vernünftige Kreditpolitik zu beseitigen. Die getroffenen Maßnahmen sind bekannt. Der deutsche Kaufmann steht ihnen skeptisch gegenüber. Diese Skepsis ist ungerechtfertigt. Auch wir werden uns wieder an den Wechsel als ein Mittel des Kredites gewöhnen müssen.

Wir müssen Verständnis dafür aufbringen, daß die Gesetzgebung zur Währungsreform, einschließlich der Kreditfrage, außerordentlich vorsichtig vorgehen mußte. Es gab keine zuverlässige Daten über den Umfang des notwendigen Bargeldes und Kredites. Alle Statistiken über unsere Produktion waren unzureichend. Sie enthielten den ganz erheblichen Teil der Waren nicht, die für den schwarzen Markt und für Kompensationszwecke produziert worden sind.

Der Gesetzgeber und die deutschen Kreditinstitute stehen vor der schwierigen Aufgabe, sich gewissermaßen an den wirklichen Bedarf der Wirtschaft heranzutasten, ohne dabei durch übertriebene Großzügigkeit das neue Geld zu entwerten, oder gar neue Warenhortung zu fördern.

Am leichtesten wird es der Teil der Wirtschaft haben, der Konsumgüter des täglichen Bedarfs erzeugt. Er hat bereits eine wesentliche Hilfe bekommen durch das Kopfgeld. Durch bessere Versorgung dieser Industrie mit Kohle und Rohstoffen ist damit zu rechnen, daß viele Verbrauchsgüter auch weiterhin dem Markte zur Verfügung stehen werden. Auf diesen Sektor braucht u.E. nicht mit einer Arbeitslosigkeit gerechnet zu werden, wenngleich eine gewisse Umschichtung stattfinden wird. Größere Schwierigkeiten hat die sogenannte Investitionsgüterindustrie, das sind also die Erzeuger etwa von Maschinen und technischen Anlagen, zu erwarten. Die Art ihrer Produktion zwingt sie, mit mindestens mittelfristigen Krediten zu arbeiten. Es wird abzuwarten sein, wie weit die bisher bekannten Möglichkeiten den Kreditbedarf dieser Industrie decken werden. Eine Besserung dürfte erst im August zu erwarten sein, wenn die Banken wieder Konto-Korrent-Kredite geben. Die Investitionsgüterindustrie war bisher nur zu etwa 40 Prozent ausgelastet und mindestens diese Produktion, vermutlich aber eine höhere, wird finanziert werden können, im wesentlichen aus Abschreibungen, die die Wirtschaft auf ihre Produktionsmittel vornimmt. Es wird in diesem Sektor der Wirtschaft nur dann zu einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit kommen, wenn es nicht gelingt, mittelfristige Kredite bis mindestens Ende Juli herbeizuschaffen. Das müßte gelingen, und wir möchten annehmen, daß es auch hier keine, selbst keine kurzfristige Arbeitslosigkeit zu geben braucht.

Mancher dieser Betriebe dürfte aber mit einer, sagen wir 40%igen Auslastung seiner Kapazität, nicht mehr rentabel arbeiten können. Wenn eine größere Ausnutzung dieser Kapazität nicht erreicht werden kann, wird es zwangsläufig zu einer Konzentration der Fertigung und damit wiederum zwangsläufig zu einer Umsetzung von Arbeitskräften kommen. Wir wollen jedoch alles daran setzen, um das zu verhüten, denn wir wissen, wie groß in der deutschen Wirtschaft der Bedarf an Maschinen und technischen Anlagen nach den Zerstörungen des Krieges geworden ist. Es ist zudem schwierig, heute größere Arbeitergruppen umzusetzen.

Die größte Sorge wird voraussichtlich die Finanzierung des Bauwesens machen und namentlich das kleine und mittlere Bauhandwerk wird es nicht leicht haben, über die ersten Monate nach dem 20. Juni hinwegzukommen. Auch auf längere Sicht gibt es für diesen Wirtschaftszweig keine Finanzierung aus Abschreibungen. Für das Bauwesen gilt ganz besonders die Forderung, langfristige Kredite zur Verfügung zu stellen. Die öffentliche Hand kann diese Kredite nicht garantieren. Sie wird selber kaum in der Lage sein, aus dem Steueraufkommen ihre eigenen umfangreichen Bauten fortzusetzen. (Straßen- und Brückenreparaturen, die Erweiterung von Wasser- und Kraftwerken usw.).

Es ist aber notwendig, gerade das Bauwesen aus den bekannten Gründen zu fördern. Es wird daher der Vorschlag diskutiert, ein besonderes Institut zur Beschaffung langfristiger Kredite sowohl für die Industrie als auch ganz besonders für das Bauwesen zu errichten. Die Mittel für dieses Institut könnten bereitgestellt werden aus drei beachtlichen Quellen:

1. Der Verkauf aus US-Heeresbeständen mit einem Erlös von vielen 100 Mill. DM.
2. Die Lebensmittelimporte - 70 - 80 Mill. DM monatlich - werden nicht durch deutsche Ausfuhr bezahlt. Die Bezahlung dafür stammt vielmehr aus einem Fonds der US-Armee.

Hinzu kommt noch als dritter Faktor die Hilfe aus dem Marshall-Plan mit nennenswerten Mitteln.

Nur wenn eine solche Möglichkeit ergriffen wird - und die Entscheidung darüber liegt bei den Besatzungsmächten - können wir gesichert sein, daß sowohl unsere Bauwirtschaft als auch die Investitionsgüterindustrie ohne vorübergehende Arbeitslosigkeit über die Zeit nach der Währungsreform hinwegkommen.

Die deutschen Arbeitsbehörden haben alles vorbereitet, um für den Fall einer Erwerbslosigkeit eine produktive Arbeitslosenfürsorge durchzuführen. Wir brauchen heute nicht nach solchen Arbeitsvorhaben zu suchen. Aber auch hierfür wird es langfristiger Kredite bedürfen.

Das aber alles sind Notmaßnahmen, die wir zwar erwägen, in größerem Umfang aber nicht glauben anwenden zu müssen.

Im Vertrauen auf den Willen der westlichen Besatzungsmächte, Deutschland wieder zu einem Wirtschaftsfaktor werden zu lassen, und im Vertrauen auf die immer wieder bewiesene Bereitschaft des deutschen Arbeiters, das Seine zum Wiederaufbau Europas zu tun, sehen wir den kommenden Monaten mit Ruhe entgegen.

Wenn Dulles Marshall ablöst

S. Aufhäuser, New York

Nach dem ersten Weltkrieg war der Isolationismus in den USA noch stark genug, um das von Wilson vorgelegte Vertragswerk von Versailles und den Anschluß an den Völkerbund im Senat abzulehnen. Im zweiten Weltkrieg hat sich unter Roosevelt die große Wandlung zur Weltpolitik vollzogen, die auch für die amerikanische Außenpolitik der Nachkriegszeit entscheidend war. Für die Demokratische Partei war es selbstverständlich, die Allianz-Politik aus der Kriegszeit auch im Frieden beizubehalten. In der Republikanischen Partei dagegen, die bei den ersten Nachkriegswahlen zum Kongreß die Demokraten geschlagen hatte, waren seit 1946 zwei Flügelgruppen entstanden, eine international orientierte unter Führung des Senatore Vanderberg und eine zum Isolationismus neigende, deren Exponent Senator Taft ist. Bei den Debatten zur Europa-Hilfe waren die Gegensätze im Kongreß sichtbar geworden. Da es zu einer Klärung nicht gekommen war, stand die Außenpolitik im Mittelpunkt des Parteikongresses von Ende Juni, der den republikanischen Kandidaten zur Präsidentenwahl im November aufzustellen hatte.

Die für die Wahl angenommene Plattform der "Großen Alten Partei" ist anti-isolationistisch gehalten, doch waren im Kampf um die Person die beiden Richtungen wieder lebendig geworden. Aus den allzu zahlreiche Vorschlägen für den Kandidaten hatten schließlich drei den Vorsprung. Taft war der Mann der Vorkriegszeit, Stessen war der neue Mann von heute und Thomas E. Dewey stand zwischen dem republikanisch-konservativen Träger der alten Parteitradition und dem republikanisch-liberalen Vertreter der Nachkriegspolitik. Niemand der drei Hauptkandidaten die nötige Mehrheit von 548 Stimmen (1094 Delegierte) erhalten, so wäre der sogenannte "bobo Punkt" eingetreten und man hätte sich auf eines der "unbekannten Pferde", wahrscheinlich Vanderberg einigen müssen. Aber Dewey hat nicht zu erst dank seiner besten Kongreßorganisation das Rennen gewonnen.

Für die Demokratische Partei, die wahrscheinlich wieder Truman aufstellen wird, ist Dewey ein gefährlicher Gegner. Gegen den Isolationisten Taft hätte Truman mit Aussicht ankämpfen können. Dewey aber hatte schon im Wahlkampf mit Roosevelt, als er 1944 rund 22 Millionen Stimmen erhielt, eine fortschrittliche Außenpolitik vertreten. Nach dem Kriege war er in den großen Fragen der Weltpolitik, wie Truman-Doctrin, Europa-Hilfe, Flüchtlingshilfe und freier Außenhandel stets als einer der "Internationalisten" der Republikanischen Partei hervorgetreten. Dewey hatte sich als erfolgreicher Staatsanwalt gegen Gangsterbanden bewährt, später als Gouverneur des größten Staates New York gesetzgeberisch große Leistungen vollbracht und sich als äußerst korrekter Verwaltungsfachmann Verdienste erworben. Seine Stärke in den zurückliegenden Wahlkämpfen lag vor allem in einer geschickten Auswahl seiner Berater, von denen er einen ganzen Stab um sich hat, der fast ausreichen könnte, ein kleines Kabinett zu besetzen. Dazu kommen seine

Verbindungen zur amerikanischen Finanz und sein Außenpolitiker John Foster Dulles, der neben Vandenberg und Hoover mit zu den besten Kennern Europas gehören dürfte. Dewey ist kein Autokrat, sondern liebt es, kluge Männer um sich zu scharen, so daß Dulles, wenn Dewey Präsident sein wird, nicht nur Berater, sondern als Staatssekretär eine für die Weltpolitik entscheidende Persönlichkeit werden wird. Dulles vertritt im Kampf gegen Sowjet-Rußland ein von Marshall etwas abweichendes Programm. Er hält das Nebeneinander von zwei Wirtschafts- und Staatssystemen für möglich, will aber eine Art von amerikanischem Propaganda-Ministerium, um den bolschewistischen Gegner geistig zu überwinden. Dulles unterscheidet sich auch in der Deutschland-Frage vom gegenwärtigen Staatssekretär, wengleich auch er einen positiven Standpunkt zum deutschen Wiederaufbau einnimmt. Aber er hatte schon während der Außenministerkonferenz in London Sonderbesprechungen mit den Franzosen und neigt der Ruhrfrage weitgehend zum Pariser Standpunkt der Internationalisierung. Innerpolitisch ist Dewey ein Exponent der freien Privatwirtschaft, so daß er mit seiner Außen- und Innenpolitik die Kombination hält, die geeignet sein kann, die innere Einheit der Partei zu fördern. Als Gouverneur vom Staate New York hat Dewey eine fortschrittliche, dem Rooseveltschen New Deal nahe kommende Sozialpolitik betrieben, gehört also nicht dem arbeiterfeindlichen Flügel der Republikaner an.

#### Finnland zwischen Ost und West

sp. Es ist eine Utopie, zu glauben, ein Volk könne sich unabhängig von seinem Nachbarstaat entwickeln. Grenzen haben auf die Dauer nur dann Bedeutung und Bestand, wenn sie von beiden Seiten anerkannt werden. Und auch diese Anerkennung wird fragwürdig, wenn es sich um eine Großmacht und ein kleines Land handelt. Die Finnen mochten 1918 wirklich glauben, nachdem ihnen Lenin die Unabhängigkeit garantiert hatte, daß für sie nun eine eigenstaatliche Entwicklung endgültig gesichert sei. Daß sie sich dieses Zustandes so lange erfreuen durften, lag aber daran, daß das Experiment des Bolschewismus Rußland so viel Zeit kostete, bis es wieder eine Großmacht wurde. Seit Mitte der dreißiger Jahre wurde der Druck der erstarkenden sowjetischen Macht in Finnland spürbar. Es begann jener zehnjährige tragische Kampf, an dessen Ende der Friedensvertrag von Paris steht.

Mit der politischen Souveränität Finnlands ist es wieder vorbei. Die Finnen können jetzt nur noch ihre volkstümliche Eigenentwicklung verteidigen. Da sie eine dem Kommunismus weniger zugängliche soziale Struktur haben und das Gefühl der slawischen Verwandtschaft wegfällt, war vorauszusagen, daß ihr Abwehrkampf anders verlaufen würde, als der der Tschechen. Diese haben in jeder Hinsicht kapituliert. Wie ist es nun mit der gegenwärtigen Lage in Finnland? Finnland ist in das Vertragsnetz Osteuropas einbezogen, nimmt aber eine Sonderstellung ein. Im Kriegsfall sind durch die "Hilfe" Klausel Interventionen möglich.

keiten gegeben, in Friedenszeiten ließe sich ein militärischer Eingriff durch den Vertrag nur schwer begründen. Aber die Sowjetunion hat es wohl auch nicht nötig, zu diesen Mittel zu greifen.

Es gibt für sie die weitere Möglichkeit, Finnland zu einer "Volksrepublik" umzuformen. Die letzten Wahlen brachten den Sozialdemokraten mit über 25 Prozent aller Stimmen die meisten Abgeordneten im Parlament ein. Die Kommunisten und Agrarier wurden allerdings nur wenig schwächer. Diese drei Parteien bildeten die Regierung. Um ihre Stellung zu stärken, sind die Kommunisten mit den linken Sozialisten ein Bündnis eingegangen, das den Namen "Demokratischer Bund des Volkes Finnlands" erhielt. Diese Volksdemokraten erhielten drei Ministerposten, darunter den des Ministerpräsidenten und des Innenministers. Der Versuch dieses Innenministers - Leino - mit Hilfe der Polizei die "Volksdemokratische" Entwicklung voranzutreiben, ist bekanntlich gescheitert, Leino mußte gehen. Sein Nachfolger wurde ein Politiker, der erst kürzlich aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten war, um sich nach Ernennung zum Innenminister den Volksdemokraten anzuschließen. Von ihr ist ein rücksichtsloser Einsatz der Machtmittel, die sich Leino geschaffen hat, nicht zu erwarten.

Es bleibt dann als dritter Weg noch der der wirtschaftlichen Durchdringung und Angliederung. In ihren wirtschaftlichen Beziehungen zu Finnland hatte die Sowjetunion keinen ungünstigen Start. Zunächst hatte sie die Reparationen in Anerkennung des frühzeitigen Abwendens von Hitler nur auf 300 Mill. Dollar festgesetzt. In den ersten beiden Nachkriegsjahren konnte der Warenaustausch sich zu einer Höhe von 20 Prozent der Ein- und Ausfuhr Finnlands steigern. Das ist umso beachtlicher, als Finnland für die Sowjetunion ein sehr ungeeigneter Handelspartner ist. Die Hauptausfuhrgüter Finnlands: Holz, Zellulose, Papier besitzt sie selbst in ausreichendem Maße. Daher sank, sogar nach Einschalten anderer Ostlandstaaten, der Warenaustausch mit dem Ostblock ab 1947 auf etwa 15 Prozent der finnischen Ein- und Ausfuhr. Wohingegen Amerika und England ihren Handel mit Finnland sehr erfolgreich hatten entwickeln können. So eröffnet sich uns hier ein kleiner Ausschnitt aus den erbitterten Ringen, das Ost und West nicht nur um die finnische Wirtschaft führen. Daß die Sowjetunion fest entschlossen ist, die verlorene Stellung in der finnischen Wirtschaft zurückzugewinnen, zeigt ihr Angebot vom Anfang Juni, die noch zu begleichenen Reparationen um 50 Prozent zu kürzen und eine Anleihe von fünf Mill. Dollar für zwei Prozent zu gewähren. Und die erstarkende Exportkraft der Sowjetunion hat wegen ihrer billigen Frachtkosten durchaus die Möglichkeit, es mit der westlichen Konkurrenz aufzunehmen, zumal sie aus politischen Gründen bereit sein wird, auch Verluste einzustecken.

Die Frage nach der augenblicklichen Lage Finnlands läßt sich also so beantworten, daß es, obwohl zur sowjetischen Einflußsphäre gehörend, sich von allen Nachbarstaaten der Sowjetunion die größte Unabhängigkeit bewahren konnte. Da die Sowjetunion ihren Herrschaftsanspruch nicht aufgibt, steht den Finnen weiterhin ein schwerer Kampf bevor. Die schwachen Stellen in seiner Abwehrfront aber liegen auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiet.



### Verlängerte menschliche Reparationen

sp. Am 2. April 1948 meldete die "Tägliche Rundschau", das Blatt der sowjetischen Militärverwaltung, in großer Aufmachung, daß in den kommenden Monaten des Sommers täglich 6000 Kriegsgefangene aus der Sowjetunion entlassen würden, damit alle Kriegsgefangenen noch in diesem Jahr nach Deutschland heimkehren können.

Leider rechen diese Angaben nicht den Tatsachen. So erfuhr die Kriegsgefangenenhilfe der SPD, daß durch das Lager Friedland folgende Heimkehrerzüge in der Zeit vom 1.-16. Juni 1948 in die britische Zone geschleust wurden: 1. Juni 1376 Mann, 2. Juni 1382, 3. Juni 647, 5. Juni 1205, 8. Juni 754, 14. Juni 1379, 15. u. 16. Juni keine Entlassungen.

Bei einem täglichen Durchschnitt von 421 Heimkehrern muß für alle vier Zonen eine Gesamtzahl von 1500 = 2000 Heimkehrern im günstigen Falle angenommen werden. Unter diesen Umständen besteht wenig Aussicht, daß aus Rußland noch dieses Jahr alle deutschen Kriegsgefangenen entlassen werden.

(b/Bt/27/2/hs)

### Untaugliche Mittel

sp. Das feste Gefüge der SPD ist ihren politischen Gegnern in besonderem Maße ein Dorn im Auge. In diesem Lager ist man deshalb in letzter Zeit verstärkt vom Frontalangriff zur unterirdischen Tätigkeit übergegangen, offenbar weil man sie für erfolgsversprechender hält.

Über die genaue Identität von Personen, die mit solchen Methoden an Funktionäre der SPD herantreten, läßt sich nichts absolut Zuverlässiges sagen. In einer Reihe von Fällen haben sie erklärt, im Auftrage eines Nachrichten- oder Geheimdienstes einer Besatzungsmacht zu stehen und haben u.a. die Übersendung von Lebensmittelpaketen in Aussicht gestellt, wenn man ihnen Abschriften von parteiinternen Rundschreiben und ähnliche Mitteilungen oder Aufzeichnungen überließe.

Solche Versuche, ob sie nun von einer der SPD entgegenarbeitenden Partei oder tatsächlich auch von einer Besatzungsmacht - wobei nicht allein an eine bestimmte gedacht ist - ausgehen, werden ihr Ziel verfehlen. Die sozialdemokratische Partei hat nichts zu verbergen, ihre Ziele und Methoden, diese Ziele zu erreichen, liegen, im Gegensatz zu manchen anderen Parteien, offen zu Tage. Den verantwortlichen Körperschaften der Partei wird in vollem Umfang, so wie es das Statut vorsieht, Rechenschaft abgelegt.

Aber jeder Funktionär der Partei ist sich der besonderen Bedeutung seiner Position im Rahmen der gesamten Parteiarbeit bewußt, ob diese Stellung nun nach außen hin groß oder gering ist. Damit weiß er auch, daß nicht jede Mitteilung aus dem internen Geschäftsgang für draußen geeignet ist, zumal nicht für jene Kreise, die es nur darauf absehen, Ansätze für neue feindselige Handlungen zu gewinnen. Die Versuche, mit diesen untauglichen Mitteln in den Besitz von Angriffsflächen zu kommen, zeigen nur die Schwäche der Position derer, die so verfahren.

Verantwortlich: Peter Raunau